



Umweltverbände fordern neues Gesetz zur Endlagersuche. Bürger müssen bei der Lagerung von Atommüll mitreden

Umweltverbände fordern neues Gesetz zur Endlagersuche. Bürger müssen bei der Lagerung von Atommüll mitreden
Berlin: Bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll in Deutschland drängen die Umweltverbände auf einen ehrlichen Neuanfang. Greenpeace, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU, Campact, ContrAtom, IPPNW, Mütter gegen Atomkraft, Robin Wood, urgewald, die NaturFreunde Deutschlands und zahlreiche örtliche Bürgerinitiativen werden sich deshalb nicht am sogenannten Endlager-Forum beteiligen. Mit dieser Veranstaltung des Umweltministeriums ab dem 31. Mai soll für ein beschlossenes Gesetz im Nachhinein der Eindruck von Bürgerbeteiligung erzeugt werden. Umweltminister Peter Altmaier lädt dabei alle Interessierten ein, sich zum Gesetzentwurf zu äußern. Tatsächlich fanden die Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Parteien dazu in den vergangenen Monaten hinter verschlossenen Türen statt. Eine breite gesellschaftliche Debatte ist nicht einmal begonnen worden.
Die Verbände fordern Altmaier auf, das Gesetz grundlegend zu ändern. Vor allem das Ziel des Verfahrens soll darin beschrieben werden: nämlich die Suche nach dem besten Standort für hochradioaktiven Atommüll. Zudem plädieren die Verbände dafür, die für die Endlagersuche ins Leben gerufene Kommission breiter aufzustellen. Weniger Politiker und mehr Bürger und Vertreter aus verschiedenen Bereichen der Wissenschaft müssen nach Vorstellung der Verbände beteiligt werden. Der Kommission komme die Aufgabe zu, den Boden für eine gesellschaftliche Debatte zum Umgang mit hochradioaktivem Atommüll in Deutschland zu bereiten. Anwohner aller derzeitigen Zwischenlagerstandorte und zukünftig möglichen Endlagerstandorte müssen zwingend daran beteiligt werden.
"Ein ehrlicher Neuanfang für eine Endlagersuche erlaubt keine Vorfestlegungen", sagt der Leiter des Klima- und Energiebereichs von Greenpeace, Thomas Breuer. "Insbesondere darf weder ein umfassendes Gesetz vor der gesellschaftlichen Debatte verabschiedet noch eine Behörde eingerichtet werden." Minister Altmaier will ein Bundesamt für kerntechnische Entsorgung mit insgesamt 245 Beamten und einer nie da gewesenen Machtfülle einrichten lassen. Dieses soll zusätzlich zur Endlagerkommission bestehen.
"Bürgerbeteiligung bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger umfassend mitreden und mitentscheiden können", sagt Olaf Bandt, Bundesgeschäftsführer des BUND. "Der Entwurf von Umweltminister Altmaier für ein Endlagersuchgesetz sieht für die Bürger lediglich Informationsrechte, jedoch keine Mitentscheidung vor. Die schwierige Suche nach einem Endlager in Deutschland wird nur mit einer umfassenden Bürgerbeteiligung zu einem akzeptablen Ergebnis kommen", so Bandt.
"Das Gesetz ist mit heißer Nadel gestrickt. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Umweltverbände nur als Feigenblatt erhalten sollen", sagt Jochen Stay, Sprecher von .ausgestrahlt. Die Verhandlungen der Parteien zum Neuanfang in der Endlagersuche laufen seit Ende 2011. Für eine breite Beteiligung wäre genügend Zeit gewesen. Diese jetzt an einem Wochenende nachzuholen, ist Beteiligungs-Simulation. Da machen wir nicht mit."
Rückfragen bitte an Thorben Becker, BUND-Atomexperte, Tel. 030-27586-421 bzw. BUND-Pressesprecher Rüdiger Rosenthal, Tel. 030-27586-425 oder den Leiter des Klima- und Energiebereichs von Greenpeace, Thomas Breuer, Tel. 0171-8780820 bzw. an Jochen Stay, .ausgestrahlt-Sprecher, Tel. 0170-9358759, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 / 27 58 64 - 0
Telefax: 030 / 27 58 64 - 40
Mail: bund@bund.net
URL: <http://www.bund.net>


Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.